



Rechtsausschuss

13. Sitzung (öffentlich)

26. September 2001

Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I

15.00 Uhr bis 17.45 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Brackwede I und II

1

Der Rechtsausschuss unternimmt vor Sitzungsbeginn Rundgänge durch die Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Brackwede I und II. Im Rahmen seiner Sitzung erörtert er sodann relevante Themen mit den Anstaltsleitungen, Vertretern des Fachpersonals und dem Beirat.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) 7**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den einführenden Bericht des Justizministers schriftlich entgegenzunehmen. Der Personalteil des Einzelplans 4 wird in die Beratungen einbezogen. Anträge zum Einzelplan 04 werden ausschließlich im Unterausschuss "Personal" gestellt.

- 3 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Iserlohn, dass § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Art. 19 Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2000 (GV NRW, S. 462, 470) die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der kommunalen Selbstverwaltung verletzt und nichtig ist 8**

VerfGH 10/01
Vorlage 13/824

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU und FDP sowie in Abwesenheit der Grünen-Fraktion, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren im Sinne des bestehenden Gesetzes Stellung zu nehmen und einen externen Sachverständigen einzuschalten.

- 4 Strafverfolgung in und um Drogenkonsumräume 8**

Der Ausschuss nimmt einen Sachstandsbericht durch Justizminister Dieckmann entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

5 Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des VEBA-Konzerns 12

Der Ausschuss nimmt einen Sachstandsbericht entgegen, dem sich eine vertiefende Diskussion anschließt.

6 Drohende Vollstreckungsverjährung im Jugendarrest 14

Der Ausschuss nimmt zunächst einen umfassenden Bericht durch Justizminister Dieckmann entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

7 Versuchte Geiselnahme am 18.08.2001 und Brandstiftung am 19.08.2001 im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg 15

Dem Bericht durch Justizminister Dieckmann schließt sich eine Aussprache an.

8 Aufnahme psychisch kranker Straftäter durch die Justizvollzugsanstalt Werl 18

Dem Sachstandsbericht des Justizministers schließt sich eine Nachfrage des Frank Sichau (SPD) an.

- 9 Ein Jahr Landeshundeverordnung NRW: Nach wie vor schwerwiegende handwerkliche und fachliche Mängel** 20

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1278

Sollte der federführende Ausschuss wider Erwarten keine Anhörung beschließen, wird der Ausschuss den Antrag in seiner nächsten Sitzung abschließend beraten und abstimmen. Sofern eine Anhörung durchgeführt wird, soll zunächst deren Ergebnis abgewartet werden.

- 10 Keine Alleingänge der Landesregierung in der Biopolitik - Die Politik muss in der Debatte über Chancen und Risiken der Gentechnik glaubwürdig bleiben** 20

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1299 - Neudruck

Die abschließende Beratung und Abstimmung des Antrags im federführenden Ausschuss sind für den 29. November 2001 vorgesehen. Der Rechtsausschuss verständigt sich darauf, seine Beratungen in der Oktobersitzung abzuschließen.

- 11 Zusammenlegung der Justizvollzugsämter** 20

Einem kurzen Sachstandsbericht durch Justizminister Dieckmann schließt sich eine Aussprache an.

12 **Verschiedenes**

Siehe Seite 22 des Diskussionsteils.

einzelnen Anstalten intensiviert werden. Umfangreiche Vorarbeiten seien bereits sehr weit entwickelt worden. Dazu werde im Laufe der Sitzung noch berichten.

Zwar halte er die Berechnungsgrundlage für das Einsparvolumen in Höhe von 9,1 Millionen DM für plausibel; allerdings habe dieses Signal gegenüber den Haushaltspolitikern noch nicht so nachhaltig gewirkt, wie sich das der Justizminister wünsche. Auf ähnliche Erfolge könne auch die Bewährungshilfe verweisen. Er würde es begrüßen, wenn die Fachpolitik im Verbund mit dem Ministerium angesichts solcher Zahlen eine noch bessere Überzeugungsarbeit leistete.

Für den **Beirat** der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede II meldet sich **Fritz Meitsch** zu Wort und teilt mit, dass die Anstalt nach Einschätzung des Beirats gut geführt werde. Angefangen bei der Leitung, über die sozialen Dienste, den Personalrat bis hin zu den weiteren Einheiten herrsche ein gutes Einvernehmen. Da alle Mitarbeiter - insbesondere des Vollzugsdienstes - motiviert seien, könne er im laufenden Vollzug nichts beanstanden.

Das, was der Ausschuss heute mit eigenen Augen habe beobachten können, belege, dass das, was der Beirat in seinem Schreiben moniert habe, den Tatsachen entspreche. Es müsse dringend etwas zum Wohle der Gefangenen - Stichwort: menschenwürdige Unterbringung - getan werden. Dass die haushaltstechnischen Umstände eine Realisierung von heute auf morgen nicht zuließen, wisse auch er. Trotzdem solle das beabsichtigte Neubauvorhaben in der Prioritätenliste möglichst hoch gesetzt werden.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verständigt sich der **Ausschuss** auf Vorschlag des **Ausschussvorsitzenden** darauf, den einführenden Bericht in den Justizhaushalt heute lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Er solle in schriftlicher Form als Vorlage an alle Mitglieder des Ausschusses verteilt werden.

In der kommenden Sitzung des Rechtsausschusses hätten die Abgeordneten Gelegenheit, zum Einzelplan 04 Fragen zu stellen. Abschließend beraten werden solle der Justizhaushalt in der Novembersitzung des Ausschusses. Personalrelevante Angelegenheiten würden zwar auch im hiesigen Ausschuss beraten; Anträge würden allerdings im Unterausschuss "Personal" gestellt.